



ABB-Stellungnahme zur Sitzung der Bremer Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ zum Thema „Konsum und Ernährung“

Auf dem Weg zu einer Bremer Ernährungsstrategie

Wie wir uns ernähren, welche Lebensmittel wir kaufen oder nicht kaufen, also unser Konsumverhalten, hat weitreichende Folgen für die Umwelt, das Klima, unsere Gesundheit und das ganze Ernährungssystem. Das dramatische Insektensterben, die starke Abnahme der Artenvielfalt, Belastungen des Grundwassers durch Nitrat aus übermäßiger Düngung durch Gülle, das Abholzen von Urwald für den Anbau von Futtermittel für die Produktion von tierischen Produkten, die Verwüstung großer Landflächen und der weltweite Abbau der Humusschicht unserer Böden sind Ursachen und Folgen einer nicht zukunftsfähigen Form der Landwirtschaft und eines nicht nachhaltigen Konsumverhaltens. Von daher ist es sehr zu begrüßen, dass die Enquetekommission das Thema Konsum und Ernährung behandelt.

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten. Ihnen kommt in diesen Zusammenhängen eine besondere strategische Rolle bei der Entwicklung nachhaltiger Ernährungssysteme und der Förderung einer gesunden Ernährung zu. Die durch die Produktion und den Konsum von Lebensmitteln erzeugten Klimagase, insbesondere in den hoch entwickelten Industrieländern, sind Treiber des Klimawandels und müssen gesenkt werden. Gerade die städtische und stadtnahe Landwirtschaft bieten Möglichkeiten, die biologische Vielfalt zu schützen und mit der Landschaft städtischer Regionen und den Ernährungssystemen in Einklang zu bringen, und dadurch Synergieeffekte zwischen Lebensmittel und Ernährungssicherheit, Ökosystemleistungen und menschlichem Wohlbefinden zu fördern.

Angesichts des dramatischen Klimawandels sind die bei der Produktion von Nahrungsmitteln emittierten Treibhausgase eine besondere Herausforderung. Nach Berechnungen des Weltklimarats IPCC (Intergovernmental Panel of Climate Change) entstehen bei der Produktion von Lebensmitteln rund 31 Prozent der gesamten globalen CO₂ Emissionen. Treibhausgase entstehen in der Landwirtschaft durch Viehhaltung, Düngung, die energieintensive Produktion von Kunstdünger, durch Pestizide, Lebensmittelverarbeitung, Verpackungsherstellung und den Transport. Insbesondere ist der viel zu hohe Fleischkonsum verantwortlich für einen erheblichen Teil der bei uns produzierten Klimagase. Er sollte in Bremen, insbesondere in der Gemeinschaftsverpflegung bis 2030 um mindestens 50 -75 Prozent reduziert werden.

Um Lösungswege für die hier skizzierten Herausforderungen auf regionaler Ebene zu erarbeiten, sollte Bremen eine zukunftsfähige/enkeltaugliche Ernährungsstrategie für die Stadt entwickeln. Eine solche Strategie sollte eine gesundheitsfördernde, pflanzenbasierte und klimafreundliche Kost für alle fördern, unabhängig vom Geldbeutel der BürgerInnen. Eine

Ernährungsstrategie würde auch einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen leisten. So werden insbesondere Ziel 3 (Gesundheit) und Ziel 12 (nachhaltiger Produktion und Konsum) durch eine Ernährungsstrategie unterstützt. Bremen ist seit August 2017 Zeichnungskommune der Musterresolution des Deutschen Städtetages zur „Agenda 2030“ und bekennt sich dazu die Umsetzung voranzutreiben.

Dazu bedarf es eines umfassenden Transformationsprozesses, der nicht allein durch die Verwaltung initiiert werden kann, sondern sich aus der Gesellschaft heraus entwickeln muss. Nur durch eine aktive Beteiligung der Stadtgesellschaft, kann er die notwendige Akzeptanz finden und alle AkteurInnen mit ihren Ideen und Initiativen mitnehmen. In einem partizipativen Prozess sollten Bremerinnen und Bremer aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung eingeladen werden, um Empfehlungen von BürgerInnen an den Bremer Senat für eine zukunftsfähige, regional gedachte Bremer Ernährungsstrategie zu erarbeiten. Diese sollten sich in Vorschlägen für Handlungsfelder und Maßnahmen niederschlagen, wie sie weiter unten aus Sicht des ABB beispielhaft skizziert werden.

Die Umsetzung einer solchen Ernährungsstrategie ist ohne die Bereitstellung finanzieller Mittel nicht möglich und ohne eine nachhaltige Finanzpolitik nicht glaubwürdig. Bremen hat erfreulicherweise seine Finanzpolitik, d.h. sein Finanzierungsprogramm und den gesamten Haushalt unter den Vorbehalt klimaschonender Entscheidungen gestellt und ein 30 Millionen umfassenden Haushaltstitel zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen für das Haushaltsjahr 2020 und 2021 eingerichtet. Unverständlicherweise konnte aber in 2020 aus diesem ohnehin viel zu niedrigen Fond kein einziger Euro abgerufen werden.. Unter dem Klimavorbehalt sind nach Ansicht des ABB auch Rückkopplungseffekte von Finanzentscheidungen auf die Landwirtschaft und damit auf das Klima durchgängig zu prüfen und zu beachten. Daraus sollte ein Kreditaufnahmeverbot bei Banken erfolgen, die nachweislich mit Nahrungsmittelderivaten spekulieren. Dies gilt ebenso für Banken, die in Landraub und Brandrodungen in Wäldern (z. B. am Amazonas) verwickelt sind. Dadurch wird Platz geschaffen für den Anbau gentechnisch veränderten Soja, der besonders klimaschädliche Folgen hat.

Beispielhafte Handlungsfelder

1. Landwirtschaft in Bremen enkeltauglich machen

Landwirte sorgen dafür, dass unsere Ernährung gesichert wird. In Bremen gibt es noch ca. 145 Landwirte, die auf insgesamt 8050 ha, also auf mehr als ein Viertel der Landesfläche Bremens, insbesondere Grünlandwirtschaft betreiben und deren Kühe regional erzeugte Milch für die Konsumenten im Ballungsraum Bremen liefern. Über 25 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Bremen werden mittlerweile nach den Kriterien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Damit ist Bremen im bundesweiten Vergleich Spitzenreiter im Öko-Landbau.

Diese positive Entwicklung in Richtung einer bäuerlichen, ökologisch nachhaltigen und tiergerechten Landwirtschaft wird auch von immer mehr Konsumenten gewünscht und sollte mit EU-, Bundes- und Landesmitteln konsequent unterstützt werden. Ein zentraler Baustein wäre eine entschlossenere, konsequente Reform der Agrarförderung gewesen mit dem Ziel, öffentliche Subventionen nicht mehr nur nach der Größe der Fläche, sondern nur noch gegen gesellschaftliche Leistungen zu vergeben. Die im Oktober beschlossene Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist dieser Forderung nach einer konsequenten Agrarwende

auf Druck mächtiger Lobbyverbände der Agrarindustrie leider nicht nachgekommen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf auf EU-Ebene. Bremen sollte trotzdem die Potentiale der von der EU vorgesehenen nationalen Strategiepläne nutzen, um möglichst viel Mittel für eine zukunftsfähige Landwirtschaft in Bremen aus Brüssel anzufordern.

Analog zum „Aktionsplan 2025 – Gesunde Ernährung für die Stadtgemeinde Bremen“ sollte Bremen noch in dieser Legislaturperiode einen mehrjährigen Aktionsplan (s. u.) für eine klimafreundliche, ökologisch orientierte und bäuerliche Landwirtschaft in Bremen aufstellen. Ziel sollte eine Landwirtschaft sein, die ohne Pestizide und ohne gentechnisch veränderte Futtermittel auskommt und bis 2030 zu 75 Prozent auf den ökologischen Landbau umgestellt ist. Mit der Einrichtung der Stelle „Zukunftsplanung bremische Landwirtschaft“ hat der Senat im letzten Jahr gute Voraussetzungen dafür geschaffen, dass - wie es in der Beschlussvorlage heißt - „die strategische und konzeptionelle Entwicklung der Zukunftsplanung für eine nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft im Land Bremen mit den Zielen Erhalt vielfältiger bäuerlicher Strukturen, Aufbau ergänzender Einkommensquellen und Steigerung des Anteils der Biobetriebe umgesetzt (wird)“.

Nicht zuletzt zeigt die aktuelle Pandemie, wie wichtig eine verbrauchernahe Erzeugung von Lebensmitteln für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung ist. Regionale Kreisläufe im Bereich der Ernährung zu erhalten und auszubauen, statt auf globale Lieferketten zu setzen, sollte durch entsprechende politische Maßnahmen gefördert werden. Landwirtschaftlich genutzte Flächen in Bremen dürfen nicht weiter zu Gunsten der Erschließung neuer, flächenfressender Gewerbegebiete versiegelt werden. Eine enkeltaugliche Landwirtschaft kann es nur geben, wenn es auch noch landwirtschaftliche Flächen auf dem Gebiet Bremens gibt, die zudem prägend sind für alte Kulturlandschaften wie das Blockland, das Hollerland, Niedervieland, Mahndorfer Marsch und die Borgfelder Wümmewiesen.

Eine zentrale Voraussetzung für das Überleben bäuerlicher Landwirtschaft in Bremen ist aber auch, dass die großen Molkereien und Lebensmittelketten den Bauern einen fairen Preis für ihre Produkte zahlen und im Gegenzug private KonsumentInnen, kommunale und private Großverbraucher bereit sind, einen höheren Preis für nachhaltig erzeugte Lebensmittel aus der Region zu zahlen. Für Haushalte mit niedrigem Einkommen müssten die Mehrkosten ggf. steuerlich kompensiert werden.

1.1 Maßnahmen

- Entwicklung eines „Aktionsplans 2030 zur Förderung einer enkeltauglichen Landwirtschaft“. Ziel: 75% Ökolandbau bis 2030 auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen in Bremen.
- Förderung von ökologischem Gemüseanbau als Gegengewicht zur dominierenden Tierhaltung.
- Keine Versiegelung weiterer landwirtschaftlich genutzter Flächen in Bremen zugunsten der Erschließung neuer Gewerbegebiete.
- Bildungsprogramme und öffentliche Kampagnen zur Wertschätzung der Leistungen der Landwirte.
- Jedes Bremer Schulkind sollte einmal an einem Besuch eines (Bio-)Bauernhofs teilgenommen haben und eine Imkerei kennen lernen.

2. Wertschöpfung in der Region fördern - Ausbau und Stärkung der Kooperation mit Niedersachsen – Grüner Ring um Bremen

Die Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln aus nachhaltiger Produktion übersteigt häufig das Angebot. Neben dem (Bio-)Handel setzt auch die Außer-Haus-Verpflegung zunehmend auf (Bio-)Lebensmittel aus der Region. Das Angebot an regionalen Bio-Lebensmitteln wächst kontinuierlich, entwickelt sich aber deutlich langsamer als die Nachfrage. Gesteigert werden

müssten das regionale Angebot insbesondere in den Bereichen Gemüse und Fleischprodukte. Positiv ist die Entwicklung im Milch-Sektor. Die Hofmolkerei Dehlwes in Lilienthal hat in den letzten Jahren kontinuierlich das Angebot regionaler Bio-Milchprodukte gesteigert und viele Bremer Landwirte zur Umstellung auf den ökologischen Landbau motiviert. Die Wiederbelebung der Marke „Bremerland“ durch die DMK ist ebenfalls ein Beitrag zur Stärkung der bäuerlichen Milchviehwirtschaft in Bremen und auch des Klimaschutzes, da sich die beteiligten Landwirte auf eine gentechnikfreie Fütterung des Milchviehs verpflichtet haben.

Immer wichtiger zur Sicherung bäuerlicher Existenzen ist zukünftig aber neben der reinen Rohstoffproduktion die Verarbeitung und (Direkt-)Vermarktung der Produktion, damit möglichst viel Wertschöpfung auf den Betrieben bleibt, wie es z. B. den Bio-Betrieben Kaemena im Blockland und der Hofmolkerei Dehlwes in Lilienthal gelungen ist. Hier müssten unbedingt neue innovative Geschäftsmodelle zum Aufbau von Wertschöpfungspartnerschaften entwickelt werden. Voraussetzung dafür ist allerdings eine verbesserte und verstärkte Kooperation zwischen Niedersachsen und Bremen, da die Hansestadt umgeben ist vom Flächenland Niedersachsen.

Im Rahmen einer Bremer Ernährungsstrategie ist die Entwicklung eines „grünen Rings“ von Öko-Gemüse- und Obstanbaubetrieben rund um Bremen anzustreben, damit insbesondere die Versorgung des Ballungsraums mit pflanzlichen (Bio-)Lebensmitteln weitestgehend aus der Region gedeckt werden kann. Es gibt zwar bereits zahlreiche Bio-Betriebe in der Region, trotzdem besteht noch ein großer Nachholbedarf. Umstellungswillige Betriebe sind zu unterstützen, konventionelle Betriebe sind diesbezüglich zu bewerben. Dieser grüne Ring würde die Transportwege der Lebensmittel verkürzen, die Klimabelastungen reduzieren und Arbeitsplätze in der Region schaffen. Die Projektentwicklung und Umsetzung könnte z. B. in Form der solidarischen Landwirtschaft erfolgen oder in größeren genossenschaftlichen „Prosumenten-Kooperationen“ (von ländlichen **Produzenten** und städtischen **Konsumenten**), in Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften, Food-Coops oder Mitgliederläden.

2.1. Maßnahmen

- Vernetzung und Förderung regionaler Wertschöpfungspartnerschaften in den Bereichen nachhaltiger/ökologischer Gemüseanbau- und Verarbeitung.
- Unterstützung beim Aufbau eines regionalen Schlachthofs im Bremer Umland mit integrierter Fleischverarbeitung aus tierwohlgeleiteter ökologischer Erzeugung.
- Stärkung der Zusammenarbeit der Länder Bremen und Niedersachsen im Bereich der Ernährungswirtschaft.
- Unterstützung und Förderung direkter Erzeuger-Verbraucher-Beziehungen, z. B. in der Form der solidarischen Landwirtschaft, Prosumenten-Kooperationen oder Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften.
- Entwicklung eines „grünen Rings“ von Öko-Betrieben rund um Bremen, damit die Versorgung des Ballungsraums mit regional-ökologisch produzierten Lebensmitteln, insbesondere von Obst und Gemüse, verbrauchernah und klimafreundlich erfolgen kann.

3. Gemeinschaftsverpflegung: Bremen als Vorbild und Impulsgeber

Mit dem „Aktionsplan 2025 – Gesunde Ernährung in der Stadtgemeinde Bremen“ hat der Bremer Senat im Februar 2018 einen ambitionierten und bundesweit beachteten Beschluss zu einer vollständigen Ökologisierung der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung gefasst. Die Hansestadt ist damit zum Vorbild für viele andere Kommunen in Deutschland geworden. Die mit dem Aktionsplan eingegangene Verpflichtung der Stadt, die Verpflegung in öffentlichen Kitas und Schulen bis 2022 auf 100 Prozent „Bio“ umzustellen, ist nicht nur ein wichtiger

Beitrag für eine gesunde und nachhaltige Ernährung für Kinder und Jugendliche, sie hatte auch Signalwirkung für umstellungsbereite Landwirte in Bremen.

Allerdings sind noch große Anstrengungen nötig, um die Ziele des Aktionsplans zu erreichen: Bis heute gibt es z. B. keine im Aktionsplan an vorderster Stelle genannte ressortübergreifende Projektarbeitsgruppe. Das für deren Besetzung und Arbeitsfähigkeit erforderliche Personal wurde bis heute nicht eingestellt, dies muss jetzt dringend geschehen.. Auch fehlen immer noch von allen betroffenen Ressorts abgestimmte Beschaffungsrichtlinien für öffentliche Kitas und Schulen, die an den Zielen des Aktionsplans angepasst werden müssten.

Auf der Basis des Aktionsplans - und der damit gemachten Erfahrungen - sollte in den nächsten Jahren eine nachhaltige Ernährung mit Bio-Lebensmitteln und stark reduziertem Fleisch-/Fischkonsum auch in anderen Bereichen der Gemeinschafts- und Außer-Haus-Verpflegung gefördert werden. Ein erster wichtiger Schritt wäre – wie in der Koalitionsvereinbarung beschlossen - die Ausdehnung des Aktionsplans auf alle öffentlich gesteuerten Kantinen und Mensen von Universität und Hochschulen, ein zweiter Schritt wäre die Einbeziehung nicht kommunaler Einrichtungen der Kirchen und Wohlfahrtsverbände (Kitas, Schulen und Krankenhäuser) sowie anderer privater Träger (ASB/DRK u. a.); ein dritter Schritt die Unterstützung von Betriebskantinen, insbesondere in Großbetrieben wie z. B. Mercedes Benz AG, Airbus und Erno.

Ein wichtiger Baustein zu einer Ernährungswende in der Bremer Gemeinschaftsverpflegung könnte das von der „BioStadt Bremen“ auf den Weg gebrachte Projekt „Training Kitchen“ sein. Hier sollten nicht nur Fortbildungskurse für MitarbeiterInnen kommunaler Küchen angeboten werden, sondern perspektivisch auch für KüchenarbeiterInnen nicht-kommunaler Küchen der Außer-Haus-Verpflegung.

3.1. Maßnahmen

- Unverzögliche Einstellung von qualifiziertem Fachpersonal, damit sich die ressortübergreifende Projektarbeitsgruppe endlich konstituieren kann, ein zentraler Baustein zur erfolgreichen Umsetzung des Aktionsplans. Besonders dringlich ist die Einstellung von Ernährungsfachpersonal im Bildungsressort, da dieses für die umfangreiche Kita- und Schulverpflegung verantwortlich ist.
- Aktionsplan 2025: Ausdehnung auf öffentliche Kantinen, Mensen in Hochschulen/Universität.
- Entwicklung einer Kampagne durch das Projekt „BioStadt Bremen“, um die Ziele des Aktionsplans auch auf nicht-kommunale Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung (konfessionelle Kitas, freie Kliniken und privaten Unternehmen) zu übertragen.
- Ausschreibungen für BetreiberInnen von Kita- und Schulküchen und CatererInnen sind an den Zielen des Aktionsplans anzupassen (sofern noch nicht geschehen).
- Reduzierung des Fleischkonsums bis 2030 um mindestens 50 Prozent.

4. Innovationen für ein zukunftsfähiges Ernährungssystem und eine nachhaltige Ernährungswirtschaft fördern

In Bremen hat die Ernährungswirtschaft eine große Bedeutung für den Wirtschaftsstandort und den gesamten Nordwesten. Umsatz- und Beschäftigungsmäßig stellt das Ernährungsgewerbe den zweitgrößten Industriezweig in Bremen dar. Insgesamt sind etwa 140.000 Menschen in der Landwirtschaft sowie der Nahrungs- und Genussmittelproduktion im Nordwesten beschäftigt. Herausragende Bedeutung für die Region haben vor allem die Tierhaltung und -veredelung, Anbau und Verarbeitung von Obst- und Gemüse, die Kaffeeverarbeitung, die Fischerei sowie die jeweils vor- und nachgelagerten Branchen.

Der Klimawandel und die aktuelle Pandemie stellen das Ernährungssystem und die Ernährungswirtschaft vor große Herausforderungen. Fisch, Kaffee, Getreide, Obst und Gemüse werden in großen Mengen nach Bremen importiert. Teilweise kommen die Waren aus Ländern, die stark von Klimawandelfolgen betroffen sind. Temperaturanstieg und veränderte Niederschlagsmengen betreffen auch Obst- und Gemüsewirtschaft: Quantität und Qualität der Agrarprodukte verändern sich. Bei kompletten Ernteaussfällen kann es zu kritischen Preissteigerungen und Lieferengpässen kommen.

Das Ernährungssystem muss resilienter werden und die Ernährungswirtschaft stärker auf eine Versorgung mit Lebensmitteln aus der Region ausgerichtet werden, damit die hohen Risiken durch die Unterbrechung globaler Lieferketten vermindert werden. Bei Lebensmittel-Importen aus den Ländern des Südens ist darauf zu achten, dass diese unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt und mit agrarökologischen Methoden produziert wurden.

4.1 Maßnahmen

- Kompetenzzentrum für eine nachhaltige regionale Lebensmittelwirtschaft aufbauen.
- Innovationen im Bereich nachhaltiger und fleischloser Ernährung fördern.
- Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, insbesondere Ziel 3 (Gesundheit) und Ziel 12 (nachhaltiger Produktion und Konsum) sind im ganzen Ernährungssystem umzusetzen.

5. Urban Gardening und Stadtwirtschaft

Schon länger sind städtische Räume wie Parks, Grünzonen und Kleingärten Refugien für zahlreiche Insekten und Vögel, mit oft besseren Lebensbedingungen als jene in den ausgeräumten und von Monokulturen geprägten ländlichen Räumen. Städtische Flächen bieten aber auch Möglichkeiten der lokalen Nahrungsmittelproduktion. Angesichts wachsender Verstädterung und dem Wunsch vieler Menschen nach regional erzeugten Produkten gewinnen Projekte urbaner Lebensmittelproduktion zunehmend an Interesse, auch in Bremen.

Projekte wie „Ab geht die Lucie“ und die „Gemüsewerft“ zeigen, wie mittels gemeinschaftlichen Gemüseanbaus nachbarschaftlicher Zusammenhalt gefördert und mit „urban farming“ brachliegendes Gelände wiederbelebt werden kann. Auch das Selbsterntegarten-Projekt „Fleetgarten“ vom Verein Sozialökologie im Kleingartengebiet in Bremen- Walle versucht neue Wege zu gehen, um Menschen für den gemeinschaftlichen urbanen Anbau von Obst und Gemüse zu gewinnen. Die Nachahmung und Weiterentwicklung dieser Projekte muss verstärkt öffentliche Unterstützung erfahren, ebenso die Dekontamination von mit Schadstoffen belasteten Böden.

Durch Gemüseärten auf Flachdächern, Errichtung von Gewächshäusern auf Gewerbebauten und Logistikhallen, vertikalem Gärtnern in mehrstöckigen Gebäuden und anderen innovativen Modellen urbaner Landwirtschaft könnte zukünftig im städtischen Raum (Beispiel Mailand) ein erheblicher Teil des täglichen Bedarfs an Obst und Gemüse gedeckt werden. Durch kurze Transportwege der lokalen Nahrungsmittelherstellung und ortsnahe Konsum wird der Ausstoß von Treibhausgasen erheblich reduziert.

5.1 Maßnahmen

- Entwicklung eines Gesamtkonzept Essbare Stadt: „Urban Gardening/Urban Farming und andere innovative Modelle urbaner Lebensmittelproduktion“.
- Dekontamination von öffentlichen Böden, um „Urban Gardening“ zu ermöglichen.
- Förderung des Anbaus von Nutzpflanzen statt Zierpflanzen in den Parzellen. Parzellen nehmen in Bremen eine Fläche von rd. 1000 ha ein!

6. Ernährungsbildung

In der Kindheit erworbene Ernährungsgewohnheiten prägen das zukünftige Ess- und Konsumverhalten. Ernährungsbildung kann dazu beitragen, dass in der Vorschule, im Unterricht, in Schulgärten und der außerschulischen Bildung ein nachhaltiges und gesundes Ernährungsverhalten erlernt werden kann. Dies nützt nicht nur dem Wohlbefinden und der Umwelt, sondern entlastet auch das Gesundheitssystem, wenn ansonsten Krankheiten behandelt werden müssen, die u. a. auf Fehlernährung beruhen. In Bremen – wie in den meisten anderen Bundesländern auch – ist die Ernährungsbildung nicht systematisch in den Bildungsplänen verankert. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

6.1 Maßnahmen

- Erarbeitung eines Bremer Rahmencurriculum für Ernährungsbildung in Kitas und Schulen, wozu auch die verstärkte Förderung von Schul- und Kitagärten gehört.
- Der Besuch außerschulischer Lernorte sollte fester Bestandteil von Lehrplänen werden, wie z. B. der Besuch von Bauernhöfen, da hier das Lernen über das Erleben besonders nachhaltig ist.

7. Lebensmittelverschwendung vermeiden - Lebensmittelabfälle reduzieren

Allein in Deutschland wandern über 18 Millionen Tonnen Lebensmittel pro Jahr in den Müll. Die Hälfte davon wäre genießbar, wird also überflüssigerweise verschwendet. Die Ergebnisse einer Studie des Potsdam-Instituts für Klimaforschung zeigen, dass die globale Produktion von Lebensmitteln angestiegen ist, während der Lebensmittelbedarf in den Industrieländern konstant blieb. Das führt zu einer enormen Lebensmittelverschwendung, zum anderen zu einem Ausstoß von erheblich mehr Treibhausgasen.

Die landwirtschaftliche Überproduktion führt laut Studie bis 2050 zu einem fünffachen Anstieg der landwirtschaftlich verursachten CO₂-Emissionen. Zugleich hat die Landwirtschaft deutlichen Einfluss auf das Klima. Dabei könnte man bis zu 14 Prozent der Emissionen aus der Landwirtschaft relativ einfach vermeiden. Lebensmittelverschwendung vergeudet wichtige Ressourcen, Jeder von uns kann etwas dagegen tun, indem er sorgfältiger mit Lebensmitteln umgeht.

Um solch ein klimafreundliches Verhalten zu fördern, sollte Bremen ein Konzept zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung erarbeiten, deren Ursachen analysieren und Handlungskonzepte entwickeln, wie das Wegwerfen von Lebensmitteln nachhaltig eingedämmt werden kann. Auch ein nachhaltiges Trinkwassermanagement ist erforderlich, da durch den Klimawandel die Niederschlagsmenge abnehmen wird und Trinkwasser zukünftig stärker eingespart werden muss. So müsste dessen Verwendung für private Pools verboten bzw. stark eingeschränkt werden und für WC-Spülungen Grauwasser zum Einsatz kommen.

7.1. Maßnahmen

- Perspektivwechsel in der Debatte um Lebensmittelabfälle herbeiführen
Die öffentliche Debatte bedarf einer konstruktiven gesellschaftlichen Debatte, bei der alle AkteurInnen gemeinschaftliche Verantwortung tragen. Mit einem umfassenden Bremer Konzept zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung sollten zukunftsfähige Lösungen gegen Lebensmittelverluste und Abfälle vorangetrieben werden.
- Kampagne gegen Lebensmittelverschwendung starten
Auf der Basis des o. g. Konzepts sollte eine Verbraucherkampagne gestartet werden, getragen von einem breiten Netzwerk von NGOs, um eine hohe Glaubwürdigkeit und einen unmittelbaren Zugang zu Verbrauchern sicherzustellen.
- Das Mindesthaltbarkeitsdatum wird von vielen VerbraucherInnen als Verfallsdatum missverstanden und führt so zur Verschwendung und unnötigen Abfall. Hier sollte Bremen

- über den Bundesrat Nachbesserungen vorschlagen und vor Ort in Bremen die VerbraucherInnen mittels öffentlicher Kampagnen und Bildungsarbeit besser aufklären.
- Förderung von Food-Sharing-Projekten.

8. Öffentliche Verwaltung mit Vorbildfunktion

MandatsträgerInnen und die öffentliche Verwaltung sollten mit gutem Beispiel vorangehen und Vorbild sein für einen verantwortungsvollen, klimafreundlichen Konsum und eine gesunde und nachhaltige Ernährung. Bei Sitzungen der Bürgerschaft, bei Tagungen und öffentlichen Veranstaltungen der Hansestadt sollten zukünftig ausschließlich Bio-Produkte zum Einsatz kommen, Kaffee und Tee sollten nicht nur bio sein, sondern auch aus dem Fairen Handel stammen.

Die an den Aktionsplan 2025 angepassten Ausschreibungstexte für Kitas und Schulen sollten in die „Verwaltungsvorschrift für die Beschaffung der Freien Hansestadt Bremen - Land und Stadtgemeinde Bremen (VVBesch)“ integriert werden, da dort die Beschaffung von Lebensmitteln bisher nicht geregelt wurde.

8.1 Maßnahmen

- Einsatz von 100 Prozent Bio-Lebensmitteln und biofairen Getränken (Kaffee, Tee etc.) bei Sitzungen der Bürgerschaft, bei öffentlichen Tagungen und Veranstaltungen.
- Reduzierung des Fleischkonsums entsprechend der Empfehlungen der DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung).
- Ausschreibungstexte (Küchen/Caterer) für Kitas und Schulen sollten in die „Verwaltungsvorschrift für die Beschaffung der Freien Hansestadt Bremen - Land und Stadtgemeinde Bremen (VVBesch)“ integriert werden.

9. Mehr Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher

Wenn Transparenz über die Qualität von Lebensmitteln gegeben ist, zeigen mehr oder weniger breite VerbraucherInnengruppen durchaus Mehrzahlungsbereitschaft beim täglichen Einkauf, wie etwa bei Bioprodukten, Produkten aus fairem Handel, regionalen Lebensmitteln, Eiern von Bruderhahninitiativen und aus alternativen Haltungsformen. Voraussetzung ist aber eine klare und verbindliche Kennzeichnung von Lebensmitteln.

So hat die Einführung der staatlich verordneten Eierkennzeichnung dazu geführt, dass Käfigeier vorzeitig aus Supermärkten und Discountern verschwunden sind, obwohl VerbraucherInnen für Eier aus Boden- und Freilandhaltung sowie ökologischer Erzeugung deutlich mehr zahlen müssen. Trotz solcher positiven Beispiele beruht die Kennzeichnung von Lebensmitteln zu oft noch auf freiwilligen Vereinbarungen und ist nicht transparent genug. So ist es nicht verwunderlich, dass z. B. lediglich ein Fünftel der VerbraucherInnen zufrieden mit der Kennzeichnung von Produkten sind, z. B. wenn es um Tierschutz und Tierwohl geht.

9.1 Maßnahmen

- Info-Kampagne in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Bremen und NGO's aus den Bereichen Ernährung und Landwirtschaft zum Thema Transparenz.
- Einführung einer verbindlichen staatlichen Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel über den Bundesrat einfordern, insbesondere zu Haltungsformen in der Nutztierhaltung (das Tierwohllabel ist bisher nur freiwillig) und zu tierischen Erzeugnissen, die mittels gentechnisch veränderter Futtermittel produziert werden (Milch, Butter, Käse etc.).
- Das Nutri Score-Label muss auf allen verarbeiteten Produkten gesetzlich vorgeschrieben werden und nicht nur auf Freiwilligkeit der Akteure in Verarbeitung und Handel beruhen.

10. Konsum in der Innenstadt

Auch die Bremer Innenstadt hat an Attraktivität für den täglichen Konsum verloren. Dies hat viele Gründe. Übereinstimmung besteht aber darin, dass die Vielfalt und die Qualität der angebotenen Produkte stark abgenommen haben. Bedingt durch die Pandemie gibt es zunehmend Leerstände. Dies ist auch eine Chance für (Bio-)Akteure, die regional erzeugte Lebensmittel hoher (Umwelt-)Qualität verbrauchernah im Zentrum der Stadt anbieten wollen. Die Stadt Bremen sollte Initiativen und Unternehmen mit Mietzuschüssen fördern, die regional erzeugte (Bio-)Produkte in exponierter Lage der City verkaufen möchten. Dies wäre auch ein Zeichen der Wertschätzung für landwirtschaftliche Erzeuger und verarbeitende Betriebe in Bremen und dem Umland.

10.1 Maßnahmen

- Entwicklung eines Förderprogramms zur Etablierung von Verkaufsstätten für regional erzeugte (Bio-) Produkte in der Innenstadt.
- Der Absatz von nachhaltig produzierten Produkten/Lebensmitteln, die in Bremen hergestellt wurden, ist durch eine öffentliche Kampagne zu fördern.

Bremen, 13.1.21